

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 97 (2017)
Heft: 1051

Artikel: "Wenn wir Freiheit möchten, [...]"
Autor: Wiederstein, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736593>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

INTRO

«Wenn wir Freiheit möchten, dann sind soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten ein legitimer und notwendiger Preis, den wir dafür zu zahlen haben.»

Lord Ralf Dahrendorf



CHEFREDAKTOR
MICHAEL
WIEDERSTEIN

«Zeit für mehr Gerechtigkeit!» rief die SPD – und erzielte dann das schlechteste Wahlergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte. Das war im September, es war in Deutschland. Aber dieselben Töne hören wir in der zeitgenössischen Politik täglich. Meist von links, daran haben wir uns gewöhnt, neuerlich allerdings auch wieder aus der sogenannten Mitte oder von dezidiert Konservativen, hier bloss «volkssolidarisch» umformuliert. «Zeit also vielmehr für eine Bestandsaufnahme des Gerechtigkeitsbegriffs!», haben wir uns in der Redaktion gedacht. Unbestreitbar ist: die linke Floskel aus dem Bundeswahlkampf zielt auf den moralischen Kern

jedes anständigen Individuums, auf jede mündige Bürgerin, jeden selbstbestimmten Bürger. Die Anerkennung des Prinzips Gerechtigkeit und seine anschliessende Ausformulierung in Recht und Gesetz waren und sind zivilisatorische Meilensteine. Wer wollte oder will schon in dezidiert ungerechten Verhältnissen leben oder gar für den Erhalt von Ungerechtigkeiten eintreten? Eben.

Wir auch nicht. Wir wollen vielmehr der intellektuellen Entrümpelung des politisch strapazierten Gerechtigkeitsbegriffs Vorschub leisten. Welchen «Gerechtigkeitsansprüchen» wir nämlich heute genügen sollen, ist unüberschaubar, im munteren Miteinander der zwischenmenschlichen Umsetzung gar richtig anstrengend geworden: Wir sollen artgerecht halten, geschlechtergerecht handeln, altersgerecht bauen, leistungsgerecht entlohnen, chancengerecht lehren, sozial gerecht unterstützen und vieles mehr. Das Label «gerecht» darf im aktuellen politischen Diskurs nicht nur nirgends fehlen, es muss auch für so ziemlich jedes Politikfeld als Heiligensprechung erhalten, das unter irgendeiner Form von öffentlichem Rechtfertigungsdruck steht. Ebenfalls ablesbar ist, dass der Begriff nicht selten synonym mit «Gleichheit» gebraucht wird, was Tür und Tor öffnet für immer neue, nie endende politische Verteilungskämpfe – und nicht zuletzt sogar für neue Ungerechtigkeiten.

Wir haben es also bei der Verwendung des Wortes «Gerechtigkeit» im politischen Diskurs nicht nur mit einem Problem der Abnutzung zu tun, sondern auch mit einer inhaltlichen Aushöhlung. Wenn beides zusammenkommt, wie etwa beim zentralen Wahlkampfversprechen der deutschen SPD, ist es kaum verwunderlich, dass die Anerkennung hehrer Ziele bei vielen Mitbürgern einem genervten Kopfschütteln weicht. Ob das dem Prinzip Gerechtigkeit angemessen ist, darf mit guten Gründen bezweifelt werden – weshalb der Schwerpunkt dieser Ausgabe mit drei Missverständnissen aufzuräumen sucht, die auch jenseits der Parteipolitik grosse Relevanz haben. Der Stanford-Historiker Walter Scheidel erläutert, dass das angesichts eines grossen weltweiten Wohlstandsgefälles populäre Ziel der politischen Linken – die materielle Gleichheit; gern verkauft als «soziale Gerechtigkeit» – in der Menschheitsgeschichte bereits vielfach existiert hat, allerdings stets durch Not und Elend begründet wurde. Mehr über die «vier apokalyptischen Reiter der Nivellierung» ab S. 12. Der Kognitionswissenschaftler Mark Sheskin von der Universität Yale hat derweil untersucht, ob es Menschen wichtiger ist, dass etwas «fair», «gerecht» oder «gleich» verteilt wird. Ein echter Augenöffner: ab S. 18. Und die Politikwissenschaftlerin Dagmar Schulze Heuling hat sich angesichts erstarkender populistischer Bewegungen, die sich «freiheitlich» schimpfen, gefragt, wieso aktuell selbst Donald Trump von «unfairem Handel» spricht und Beifall dafür erhält. Sie legt dar, warum «die neue Rechte» sich im Hinblick auf ihr Gerechtigkeitsverständnis kaum von den linken Genossen unterscheidet (S. 23).

Ich wünsche anregende Lektüre! ◀